

Sezungspreis:

Es erscheint 25.50 RM. monatlich 8.50 RM. für das Haus...

er "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Welt u. Zeit" erscheint wöchentlich einmal...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 10. Mai 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die Sozialdemokratie im Wahlkampf.

In den Wahlkreisen Berlin und Potsdam I ist schon die Aufstellung der Kandidaten für die Reichstagswahlen erfolgt...

Berlin: 1. Hugo Heimann, 2. Maria Bohm-Schuch, 3. Richard Fischer, 4. Robert Schmidt, 5. Adolf Ritter...

Potsdam: 1. Ewald Bernstein, 2. Ewald Riedel, 3. Franz Krüger, 4. Karl Wermuth, 5. Ernst Dalber...

Wahlkreis IV (Potsdam I): 1. Rudolf Wiffel, 2. Marie Zuchacz, 3. Sidon, 4. Hermine Müller...

Die Reichstagskandidaten für Berlin.

In einer außerordentlichen Generalversammlung, die am Sonntag im Germaniaaal abgehalten wurde...

Der Vorsitzende, Genosse Schlegel, leitete die Besprechung mit einer Rede ein, in der er unter anderem sagte...

mit einem Siege rechnen.

Zu pessimistischen Anschauungen, wie sie sich hier und da in Parteikreisen bemerkbar machen, ist kein Grund gegeben...

die Taktik des Wahlkampfes

Ein Antrag der 15. Abteilung fordert, daß eine Ausdrucksache der Parteileitung unserer Partei mit den Parteileitern der Unabhängigen stattfinden soll...

von den Unabhängigen abgelehnt

worben seien, habe dieser Antrag gar keine Aussicht auf Entgegennahme bei den Unabhängigen...

„Der Feind steht rechts.“

Unter den rechtsstehenden Parteien sollen aber nicht nur die Deutschenationalen, sondern auch Zentrum und Demokraten verstanden werden.

Ein Antrag, nach dem sich die aufzustellenden Kandidaten für die Durchführung der anlässlich des Generalfreitags vereinbarten acht Punkte zu verpflichten haben...

Ein Antrag, der verlangt, daß die Abgeordneten ihren Wählern mindestens zweimal jährlich Bericht über ihre Tätigkeit zu erstatten haben, wurde ebenfalls angenommen.

Ein Antrag, Roske und Heine nicht auf die Reichsliste zu setzen, wurde von der Reichskonferenz eingesetzten Kommission abgelehnt.

Aufstellung der Kandidaten.

Der Vorsitzende Schlegel teilte mit, Genosse Wilhelm Biannich habe dem Vorstand geschrieben, daß er wegen seines hohen Alters auf eine Kandidatur verzichte...

treue, aufopfernde Arbeit, die er lange Zeit im Interesse des Proletariats geleistet hat.

Der sozialdemokratische Frauentag.

Wieder einmal rief die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Frauen zu einer besonderen Kundgebung zusammen.

Sie betonte, die Sozialdemokratie sei die einzige politische Partei, die früher für das Frauenwahlrecht eingetreten sei.

Mit einem Appell an die Anwesenden, nicht zu erlahmen im Kampfe für bessere Verhältnisse und dafür zu sorgen, daß die Sozialdemokratie als Siegerin aus der Wahlurne hervorgeht...

Einzelnen in den Kampf.

Der Wahltag muß sich zu einem glänzenden Triumph für den Sozialismus gestalten!

Kandidaturen im Reich.

Frankfurt-Oder.

1. Otto Weis, 2. Schumann, 3. Giesel, 4. Richard Schmidt, 5. Anna Ratschke, 6. Karl Freter, 7. F. Schulz, 8. Karl Händchen, 9. Karl Fuhrmann, 10. Schwenker, 11. Ewald Voigt, 12. Paul Ringel, 13. Wilhelm Koch.

Hessen-Nassau.

Frankfurt a. M., 10. Mai. (Sig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Zur Kandidatenaufstellung hat der außerordentliche Bezirksparteitag für Hessen-Nassau beschlossen, die 1., 4. und 8. Stelle den Kasseler Genossen zur Belegung zu überlassen.

Hessen-Darmstadt.

Darmstadt, 10. Mai. (Sig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der außerordentliche Bezirksparteitag für Hessen war sehr stark besucht und nahm einen für die Wahlbewegung erfolgversprechenden Verlauf.

Württemberg.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Württembergs stellte noch einem Referat des Abg. Keil folgende Kandidaten auf: 1. Wilhelm Reil, 2. Karl Hildenbrand, 3. Franz Martin, 4. Frau Laura Saradin, 5. Gottfried Kennwort, 6. Albert Salin, 7. Albert Schilde, 8. Friedrich Herling, 9. Ernst Rohmann, 10. Matthias Frik aus Hohensohren, 11. Anton Giesele, 12. Otto Gosenzhen, 13. Carl Kruggeder, 14. Otto Bauer, 15. Carl Ruch.

Der Reichswirtschaftsrat.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht jetzt die Verordnung über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat vom 4. Mai 1920.

Danach wird ungefähr gleichzeitig mit dem Reichstag, Anfang Juli, der vorläufige Wirtschaftsrat einberufen werden. Er ist ein richtiges Parlament mit 326 Mitgliedern, die das Recht der Immunität genießen.

Man kann wohl sagen: glücklicherweise nicht! Denn wenn man den Reichswirtschaftsrat in der Form, die er durch die Verordnung erhalten hat, als Gutachterparlament passieren lassen kann, so wäre er ganz unmöglich als gesetzgebende Körperschaft...

Man kann den Einwand erheben: Warum hat man so viele Unternehmer in den Reichswirtschaftsrat genommen? Darauf muß ganz aufrichtig geantwortet werden, man hat das deshalb getan, weil man ihr Sachverstandnis nicht entbehren kann.

Die Frage der angemessenen Kräfteverteilung bleibt indes ziemlich belanglos, solange sich der Reichswirtschaftsrat wirklich, wie er muß und soll, auf eine begutachtende Tätigkeit beschränkt.

Der Reichswirtschaftsrat wird daher sehr viel Sachverständnis umfassen, aber auch sehr verschiedenes. Die Vertreter der Landwirtschaft z. B. werden gewiß sehr viel von Agrarfragen verstehen, aber in Angelegenheiten der geistigen Arbeit schwerlich alleamt kompetente Beurteiler sein.

Der Reichswirtschaftsrat wird daher sehr viel Sachverständnis umfassen, aber auch sehr verschiedenes. Die Vertreter der Landwirtschaft z. B. werden gewiß sehr viel von Agrarfragen verstehen, aber in Angelegenheiten der geistigen Arbeit schwerlich alleamt kompetente Beurteiler sein.

Dazu kommt noch ein anderes, das die Stellung des Reichswirtschaftsrats gegenüber der Volksvertretung stark herabdrückt. Der Reichstagsabgeordnete ist der gewählte Vertreter eines nur örtlich berechneten, die verschiedensten Interessengruppen umfassenden Volksteils.

Der Reichstagsabgeordnete ist der gewählte Vertreter eines nur örtlich berechneten, die verschiedensten Interessengruppen umfassenden Volksteils. Er ist daher, auch bei bösem Willen, genötigt, bis zu einem gewissen Grade auf die Interessen aller Rücksicht zu nehmen, damit er bei der nächsten Wahl nicht durchfällt.



raus hingegen sind ernannte Vertreter bestimmter Interessengruppen und zu dem Zweck ernannt, bestimmte Interessen zu vertreten. Der Artikel der Berordnung sagt allerdings sehr schön: „Die Mitglieder des Reichswirtschaftsrats sind Vertreter der wirtschaftlichen Interessen des ganzen Volkes.“ Vielleicht werden sie sich einbilden und sogar die größte Haut geben, das wirklich zu sein — aber wer kann aus seiner Haut heraus? Jeder Beruf steht mit unwillkürlicher Naivität seine eigenen Berufsinteressen den allgemeinen Volksinteressen gleich, und dem Mann aus dem praktischen Erwerbleben, der seine volkswirtschaftlichen Erkenntnisse ohne Rücksicht auf den eigenen Geldbeutel, ja gegen ihn, zu schöpfen imstande ist, sehe man im Beratungssaal des Reichswirtschaftsrats gleich ein marmornes Denkmal!

Der Zweck dieser kritischen Betrachtung ist nicht, den vorläufigen Reichswirtschaftsrat zu verwerfen, sondern nur, seine Schranken aufzuzeigen. Man kann sich vorstellen, daß aus der Arbeit des Reichswirtschaftsrats die Regierung und der Reichstag viel Nutzen ziehen können, Initiative und Entscheidung aber müssen ihnen verbleiben.

Das wird auch nicht anders werden können, wenn der vorläufige Reichswirtschaftsrat einmal durch den regelrechten ersetzt sein wird, den die Verfassung in ihrem Art. 105 vorschreibt. In diesem Artikel, mit dessen Ausführung durch das Betriebsrätegesetz begonnen ist, ist die Schaffung von Betriebswirtschaftsräten und eines Reichswirtschaftsrats auf gesetzlicher Grundlage vorgegeben, die so zu gestalten sind, daß alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sind. Bei der Schaffung des verfassungsmäßigen Reichswirtschaftsrats wird den Gegnern der „formalen Demokratie“ von rechts und links Gelegenheit gegeben sein, ihre bisher reichlich unbestimmten Anzweiflungen zu bestimmten Vorschlägen zu verichten.

Einstweilen ist auch nicht in fernster Ferne ein Vorschlag zu erheben, der an die Stelle der allgemeinen Volksvertretung etwas Besseres zu setzen imstande wäre. Diese Volksvertretung wird am 6. Juni gewählt, und es müssen alle Kräfte darauf konzentriert werden, in ihr dem Willen des arbeitenden Volkes zur ausschlaggebenden Stellung zu verhelfen. Ein wirtschaftsreaktionärer Reichstag, in dem etwa die Eisen-, Leder-, Spiritusinteressenten usw. den Ausschlag geben, wäre ein Unheil, und der vorläufige Reichswirtschaftsrat könnte dieses Unheil dann nur vermehren.

Die zur Benennung von Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats berufenen Verbände haben binnen zwei Wochen nach Erlass der Verordnung die Namen der von ihnen erwählten Vertreter dem Reichswirtschaftsministerium bekanntzugeben.

## Baltikumer gegen Maifeier.

### Schwere Ausschreitungen beim Munsterlager.

Schwere Ersesse gegen die den 1. Mai feiernde Arbeiterschaft haben sich, wie wir nachträglich erfahren, die im Munsterlager untergebrachten Baltikumer zuzuschreiben kommen lassen. Ein Trupp von etwa 10 Mann suchte in den Festzug einzubringen und die mitgeführte rote Fahne zu erobern. Dies gelang jedoch nicht. In der Nähe des Bahnhofs stellte sich jedoch ein neuer bewaffneter Trupp von etwa 60 Mann Baltikumer unter Führung mehrerer Offiziere dem Zug entgegen. Ein Offizier namens Müller forderte in herausfordernder Weise auf, die rote Fahne einzuziehen, andernfalls unnahezu von der Waffe Gebrauch gemacht werden würde. Unter dem Zwang der Gewehre und Handgranaten wurde diesem ungescheiterten Verlangen stattgegeben. In der Nähe des Festzuges erfolgte eine dritte Aktion auf den Festzug, dabei wurde der Referent Genosse Professor Offers aus Hannover aus dem Zug herausgerissen und unter Faustschlägen und Fußtritten als Arrestant nach dem Lager geschleppt. Dort wurde er weiter mißhandelt, u. a. wurde ihm ein Dammen angedrückt. Ebenso wurde ein Arbeiter namens Kowal mißhandelt, der freiwillig als Zeuge mitgegangen war. Nach dreistündiger Haft, die von den gemeinsamen Mißhandlungen begleitet war, wurden beide freigelassen. Das Fest im Saale des

## Mondstunde.

Von Erich A. Schmidt.

Vor meinem Fenster sehe ich viel Himmel, das ist ein Glück für mich, denn ohne Himmel bin ich ein Verdammter. Ein Dahnemann buckelt sich in der Tiefe, dahinter liegt der breite Komplex eines Güterbahnhofes. Die Scheiben des gegenüberliegenden Hauses sind in der Ferne, winzige Augen. Lögen sie mir näher, würden sie mich mit brutalen Blicken beglücken. Ich kann das nicht leiden und mühte das Rechte des Fensters verfallen. So liegen die Scheiben nach dem Himmel, der Sonne, den Wolken und Sternen preisgegeben, — sie alle sind meine Freunde.

Es ist Abend, ich sitze am Schreibtisch und lehne mich zurück in meinem Sorgenstuhl. — Der Blick da durch die oberen Scheiben, mild, silbrig, mit Ewigkeitsaugen?

Der Mond, natürlich. Er, der alte Freund. Er steht ganz allein, kein Sternengefolge ist von schleirigen Wolken zugeweht. Er ist einsam wie ich, mein alter Vertrauter, dem ich viele Räte kloste. Lieh er nicht immer Silberbalsam auf frische Wunden träufeln, so daß sie sich schließen und, wie von Zauberhand berührt, vernarben? Ihr Menschen, was glaubt Ihr, ein Freund schwimmt da oben? Euch allen ein Freund, doch Ihr seht ihn nicht. Es kriechen zübel Erdendings um Euro Fäße, Euer Blick ist gebunden. Die Erdlöcher wandern unerkannt. Unerkannt oder bespöttelt. Kennt man nicht Mondlichtige jene, die gern in seine Strahlen sehen? Ach ja, alle, was ein paar Meter über der Erdrinde geschieht, ist wichtiger als das mystische Dasein der Höfen. Es bliebt sich schließlich auch immer gleich: der Mond scheint. Er scheint nicht. Wozu die Blide aufwärts schiden? Ihr habt so recht, Freunde...

Es ziehen Wolken über den Mond, ganz flache dünne Wolken, wie Gaze. Sein Auge brennt lächelnd durch dieses Gewebe. Es kann ihn nicht kränken.

Ich will die Lampe des Schreibtisches ausknippen, nun fallen zwei Fensterkreuzschatten ins Zimmer. Der eine finkt gerade über mich. Ich fühle, wie das Kreuz auf meinem Gesicht sich überkandert. Mein Kopf hängt geduldig in einem schattigen Kreuz, ich bin ganz friedlich, kein Nerv vibriert. Es ist alles Schidial.

Mitten zwischen die Schienen gepflanzt, steht eine hohe Vogenlampe, ihr Gesicht gleicht dem des Mondes in der Höhe. Der Rauch der Lokomotiven legt über sie hinweg, bald nicht gedacht, so daß sie in Dunkelheit stirbt, bald dünnflügelig und flach, so daß sie blingelnd durch die Schwaden bliebt. Auch sie sieht dauernd im Kampf um ihre Existenz. Man verlangt, daß sie leuchte — und man schlägt ihr Schatten um die Augen. Kein alltägliches Ros...

„Deutschen Hauses“ wurde dann noch mehrfach durch die Baltikumer geführt.

Was gedenkt die Regierung gegen diese Geislosigkeiten und Ausschreitungen der baltischen Horden zu tun?

## Unbrauchbar, weil verfassungstreu.

### Die Grundzüge des Oberleutnant Freiherrn v. Köffing.

Während der Kapp-Zage rückte u. a. auch das 5. Pionier-Bataillon unter Freiherrn v. Köffing in Berliner Vororten ein. Freiherr v. Köffing zeigte sich durch verschiedene Handlungen als absolut reaktionärer Truppenführer, er führte schwarzweißrote Fahnen, ließ „Heil Dir im Siegerkranz“ spielen usw. Geschehen ist gegen ihn unseres Wissen nichts.

Vor einigen Wochen sollte nun das 5. Bataillon die Unteroffiziere der Abwidlungsschule Pionier-Bataillon 28/29 in Küstrin übernehmen. Freiherr v. Köffing setzte dem ängstlichen Widerstand entgegen, er erklärte sogar, daß er, falls ein höherer Befehl erfolgen sollte, sich mit allen Mitteln dagegen sträuben würde. Sein Grund war der, daß die Unteroffiziere der Abwidlungsschule in einem Demonstrationzug der Küstriner Arbeiterschaft gegen die Kapp-Regierung mitgegangen waren, in seinen Augen eine „beperische Tätigkeit“.

Trotzdem mußte v. Köffing die Unteroffiziere schließlich nehmen. Er sorgte aber dafür, daß diese Leute nicht in Verührung mit seinem Bataillon kamen, das ja dadurch republikanisch hätte infiziert werden können, sondern verlegte sie sofort nach Sagan an Gefangenenerziehung, wo die Unteroffiziere, alles altgediente Leute, unter den schlechtesten Bedingungen, bei miserabler Unterbringung und Gefangenensost, von ihren Familien getrennt, Dienst tun müssen. Die Unteroffiziere sind natürlich über diesen „Dank“ für ihre Verfassungstreue nicht wenig aufgebracht.

## Das Vorbild von Bayern.

### Die Reaktion unter sich.

Aus Duisburg wird uns geschrieben: Nicht nur in Bayern, sondern auch im Westen versucht das Bürgertum eine geschlossene Front gegen Links zu bilden. In Duisburg hat am 20. April eine Versammlung zu diesem Zweck stattgefunden. In der Versammlung ist durch nachstehendes Schreiben eingeladen worden:

### „Vertraulich“

### Dringende Einladung

zu einer am Freitag, den 30. April, 3/4 Uhr nachmittags, im Hohenzollernsaal im Burgader, Adnanstr., stattfindenden Versammlung, an der Vertreter sämtlicher bürgerlichen Berufs- und Wirtschaftsorganisationen teilnehmen.

Anschließend an ein Referat des Herrn Arnold vom Rheinisch-Westfälischen Landesbürgeramt Eiderfeld über das Thema:

„Wie schützen wir Duisburg vor dem Radikalismus?“

soll der Zusammenbruch des Bürgertums herbeigeführt werden. Es gilt den Schutz der Verfassung, das Zusammenstreben gegen den Terror einer Minderheit, den Zusammenbruch ohne Rücksicht auf Partei und Konfession.

### Die Enderufer.

gez. Axel Rippe,

Geschäftsführer des Rheinisch-Westfälischen Landesbürgeramts, gez. Dr. Stein (ein weiterer Name unleserlich).“

Ein sozialdemokratischer Stadtoberordner, welcher Beamter ist, hatte von seinem Organisationsvorsitzenden die Einladung mit der Bitte übermittelt bekommen, an der Versammlung teilzunehmen. In dieser Teilnahme ist es aber nicht gekommen, denn als er das Versammlungskolal betreten hatte, wurde er von dem Versammlungsleiter herausgerufen und darauf hingewiesen, daß er sozialdemokratischer Stadtoberordner sei und auch sonst eine rege Tätigkeit für die sozialdemokratische Partei ausübe, deshalb könne er an dieser Versammlung nicht teilnehmen. Wenn er sich aber bereit erkläre, auf Ehrenwort zu versichern, daß er über die gefassten Beschlüsse mit keinem seiner Parteigenossen sprechen wolle, dann würde es ihm gestattet, an der Versammlung teilzunehmen zu können. Da der Genosse es ablehnen mußte, ein solches Versprechen zu geben, wurde ihm die Teilnahme an der Versammlung verweigert.

Wo blieben die Fensterkreuze? Ich sitze zwischen schwarzen Schattenbündeln. Die Wolken haben sich verdicht. Feindselig stoßen große Gewinader quer über die Mondstirn. Sein Bild verfinstert sich. Nun kommen ganze Familien angewandert; voran der Wolkenbater mit gigantischem Schädel und einem delphindischen Leib. Die schlankere Wolkenmutter sodann, von Lichtern umflaumt. Und schließlich die Wolkenkinder, eine helle silbrige Brut. Sie alle wissen keinen anderen Weg, als jenen über den Mond hinweg. Auch sie treibt ein Schidial, ihre Bahn ward seit Neonen vorgeführt, ins Unendliche führt ihre Straße. Seid mir gegrüßt, Wanderer der Döden, ich läme gern ohne Umschweife mit! Doch ich habe meine Fingel schon bei der Geburt verloren, oder später erst, was weih ich, ich hab sie nicht mehr.

Jetzt sind die Familien vorübergezogen, und es weht nur eine bescheidene Gaze über den Mond. Die Fensterkreuze fallen mit scharfen Schlag Schatten rückwärts in den Raum.

Die Vogenlampe leuchtet herausfordernd, alle feindlichen Locomotiven hat die Dampfkraft in die Ferne gepelst. Es ist ein Vergnügen, zu leuchten, wenn keine Schatten schwarz die Stirne umflumen...

Aber das Blut soll in dauerndem Kampfe sich reiben, sonst rostet es an den Aderwänden, die Arterien verfallen, es drohen Gefahren, Bedaglichkeit schändet das Blut, es wird dick, eine brodelnde Masse, die Muskeln erschaffen.

Du Mond hinter Gogelsteinern, lächelnd wie eine junge Frau, wann halt Du mich träge gesehen? Kindum und Knabenbalein, Jünglingsjahre und beginnende Manndreife, immer in Strudel gedreht. Immer vom Motor der Eilasse getrieben. Ruhe auf Stirn und Kasse und im Innern freien Tumult. Tage, äußerlich müde, träge Gesellen — doch von Gefühlen wie von Eskorpionen zerfetzt. Nächte, wach und einsam durchlungen, vor Inbrunst bedend, daß die Wände vibrierten. Räume noch, von peisender Geißel durchschliffen. Und jeder Morgen ein Morgen neuen Kampfes, von Donner und Pöhen umdroht. Ward ich alt und verdraucht vor beginnender Reife? Ach, ich blieb jung, ich habe noch so viele Knabentage. Schidial, nimm diesen jauchzenden Gruß: dauernder Kampf, mit ewig gefährlichen geistigen Waffen durchwachten — er allein verjüngt immer wieder das alternde Blut. Webender Motor hängt in der Brust, bis in die Fingerzypen legt die knisternde Welle. Fieber und Horn stöße ich eisernd entgegen dem Kleinen und dem Gemeinen, — alles Grohe und Schöne reißt mich wie eine Kapsel auf, daraus Begeisterung quillt. Freund bin ich jeglicher Kreatur dieser Erde, mein Feind ist der Mätag, häßlichster Moloch, mit dreisteinem Maul, bereit, alles Reine mit bonalem Schleim zu bespichelnd und täglich Gelatomben zu schlingen. Fürchtet ihn, Freunde, so wie Ihr Best und große Gefahren fürchtet. Er ist unser größlicher Gegner!...

In der Versammlung selbst waren, soweit der Genosse hat feststellen können, alle bürgerlichen Parteien von den Deutschen Nationalen bis einschließlich der Demokraten vertreten. Außerdem war die gesamte bürgerliche Presse anwesend. Bis heute, den 5. Mai, ist aber in keiner der bürgerlichen Zeitungen irgend eine Mitteilung über den Verlauf und die Beschlüsse der Versammlung erfolgt, obwohl sonst die bürgerliche Presse gar nicht so schamhaft ist, und wenn irgend ein Regellu sein Stillschweigen feiert, ellenlange Berichte darüber bringt. Es muß also angenommen werden, daß besondere Dinge beschlossen sind, die vorläufig das Licht der Öffentlichkeit nicht vertragen können. Für unsere Genossen im Westen heißt es daher, noch mehr wie bisher die Augen offen zu halten.

## Die Hilfschreiber in der Preussischen Justiz.

Ueber die Lage der Hilfschreiber bei den Gerichten sind uns wiederholt lebhaft Klagen zugegangen. Heute erhalten wir folgende Zuschrift:

Ganz eigenartige Verhältnisse scheinen bei der Preussischen Justizverwaltung zu bestehen, denn die Entlohnung der Hilfschreiber kann unter keinen Umständen als den heutigen Verhältnissen entsprechend bezeichnet werden. Eine besonders bestellte Art scheint darin zu bestehen, die jeweilig Ultimo fälligen Gehälter erst am 8. und 4. des folgenden Monats zur Auszahlung zu bringen. Von ihren „Liesenbezügen“ müssen die Hilfschreiber sogar noch die heute auch nicht ganz billigen Schreibfedern beschaffen. In unzähligen Fällen ist festgesetzt worden, daß das Arbeitspensum einfach nicht zu bewältigen ist und dieses zu Hause ohne Entgelt erledigt werden muß. Ganz besonders nette Zustände in dieser Beziehung scheinen beim Amtsgericht Berlin-Schöneberg zu bestehen. So hat beispielsweise ein so fürchtlich entlohnter Angestellter nach mehrwöchiger Krankheit (bei 5 M. täglichem Krankengeld) Mitte Februar ein Unterstützungsgesuch eingereicht, darauf aber bis heute noch keine Antwort erhalten. Sehr erbitternd wirken solche Dinge dann, wenn die Angestellten sehen, wie die Behörde den festangestellten Beamten gegenüber ein beschleunigteres Tempo in der Erledigung solcher Unterstützungsgesuche anzunehmen beliebt.

Hervorheben sei noch bemerkt, daß angeblich die Absicht besteht, diese Hilfsangestellten nicht als Angestellte im Sinne des Betriebsrätegesetzes anzusehen, um sie nicht in den Genuss der Vorteile des zum Abschluß gelangenden Reichstaxifis kommen zu lassen.

## Der Bentheimer Skandal.

### Mißhandlung der Auswanderer. — Extrawurst für Hohenzollern.

Wir hatten bereits in unserer Morgenausgabe vom 20. April auf die skandalösen Zustände auf der holländisch-deutschen Grenzstation Bentheim hingewiesen, wo ein paar Jünglinge mit Konsole und Offiziersschleusen mit den deutschen und ausländischen Reisenden nach Guldinkeln umgehen. Wir machten darauf aufmerksam, daß der moralische Schaden, den diese Herrschaften dem deutschen Volke in den Augen der vielen Tausend Holländer, Amerikaner, Engländer usw. zufügen, die oft zum ersten Male deutschen Boden in Bentheim betreten und mit deutschen Behörden in der Person dieser unheimlichen Grenzbrannen in Verührung kommen, nicht unterschätzt werden darf.

Inzwischen haben wir weitere Klagen und Mitteilungen erhalten, die uns zwingen, die Frage noch einmal aufzuwerfen, ob die zuständigen Stellen nicht endlich dort durchgreifen werden. Wie z. B. mit den polnisch-jüdischen Auswanderern verfahren wird, spottet jeder Beschreibung. Die Zollbeamten verwehren ihnen den Zutritt in den Revisionsaal und sie müssen drei und vier Stunden lang auf dem Perron in Wind und Regen, die Frauen mit den Säuglingen auf dem Arm, solange warten, bis sämtliche „seine“ Passagiere abgefertigt sind. Auskünfte werden ihnen verweigert, die Frage, ob für ein Kind ganze oder halbe Karte zu lösen sei, wurde, wie uns ein Ohrenzeuge berichtet, borsch mit dem Befehl beantwortet: „Nicht reden, sondern schälen. Wir werden schon selbst wissen, was für eine Karte zu

Die Vogenlampe, durch Dampfsegen, lächelnd verständlich zu mir in die Höhe. Der Mond geht in die Fensterrede, grüßt und verschwindet. Die Tischlampe, knips, erwacht aus dem Schlaf. Sieh an, da bist Du ja wieder, sagt sie mit goldenem Lächeln zu mir, Wo warst Du so lange?

Vollbildungsaussch. Ferdinand Ebenarius, der Herausgeber des „Kunstwärts“ und Vorsitzende des Dürerbundes, hat an den Reichsrat eine Eingabe gerichtet, die um folgende gesetzliche Bestimmungen bittet: „Mäher, Bilder, Noten und sonstige Veredelungsbildungen von Werken literarischen oder künstlerischen Wertes für die Vollbildung bleiben in ihren höchsten Ausgaben von der Zugsteuer befreit. Darüber, ob Vollbildungswert anzuerkennen ist, entscheidet der Ausschuss der deutschen Vollbildungvereinigungen in Berlin oder ein von diesem auf Reichslosen einzuzuziehender Sonderausschuss.“

Ist Theaterabau erlaubt? Nach einem Freispruch, den in Halle ein am dem Lärm gegen Reichslich „Paradies“ beteiligt gewesener freiberufliger Angestellter erzielte, braucht man sich vor solchen Längen nicht eben zu ängstigen. Das Urteil harmonisiert auf keinen Fall mit den Interessen, die hier in Frage stehen.

Ein Schifffahrtskanal Basel-Strasbourg wird nach einer Mitteilung der Zeitschrift „Werk und Neederei“ geplant. Bei diesem Unternehmen spricht wirtschaftlich die Gewinnung der Wasserkräfte mit. Der Kanal soll etwa in 300 Meter Entfernung vom Rhein laufen; seine Gesamtlänge wird 114 Kilometer betragen und das nughare Gefälle 90 Meter, das in 8 Stufen ausgenutzt werden soll und 788 000 PS bringt. Die Schifflänge sind mit 170 Meter Länge, 25 Meter Breite und 3 Meter Mindesttiefe vorgesehen.

Schrittweise Theaterverstaatlichung. Der Hamburger Bürger-schaft liegt ein Antrag vor, das Stadttheater allmählich in Gemeindefest überzuführen. Der Staat zahlt jährlich die Fehlbeträge (bis zur Höhe des jetzigen Defizits, das 650 000 M. beträgt), das Aktienkapital wird unter Herabsetzung des Nennwerts der Aktien (von 3000 auf 1600 M.) umgewandelt und vom Staat übernommen, dem auch die alten Aktien durch jährliche Auslösung nach und nach zu fallen.

Der Wagnerabend der Grohen Volkshäuser unter Leitung von Dr. Karl Rud., mit Wolans Kurt und Walter Straboff als Solisten, morgen Dienstag in der Philharmonie beginnt um 8 Uhr.

Theater. Im Deutschen Opernhaus wird am Freitag anstatt „Undine“, „Rigodon“ gegeben.

Wahlhilfe von Georg Sauter sind von heute ab in der Kunsthandlung von Karl Nicolai, Viktoriastr. 25A, ausgestellt.

Wäghener Festspiele. In der Zeit vom 1. August bis 15. September finden auch in diesem Jahre die Wäghener Festspiele im Pring-regenten-Theater, Nationaltheater und Wäghenertheater statt. Die Auf-sührungen umfassen bekannte Meisterwerke der deutschen Oper.



Bankrott des Bolschewismus.

Von Eduard Bernstein.

Im Verlag von J. G. Drey-Stuttgart erscheint demnächst eine Neuauflage von Bernsteins „Voraussetzungen des Sozialismus“...

Wirtschaftlich ist — oder war bisher — das bolschewistische Unternehmen ein Versuch, über eine bedeutende Phase notwendiger sozialer Entwicklung...

wissen ist, und zwar wenn nicht eine gewollte, so doch eine mit objektiver Notwendigkeit hervorgerufene. Dadurch, daß sie 1917 die gewählte Nationalversammlung...

In großen politischen Revolutionen kann man stets zwei Phasen unterscheiden: die Phase überwiegender Beseitigung von hinfälligen Bestanden...

schwere Schädigungen über das deutsche Wirtschaftsleben brachten und die Geister verbitterndes Eingreifen der bewaffneten Macht nach sich zogen.

Gegen die Not der geistigen Arbeiter!

Zu Beginn dieses Jahres hat Konrad Haensch, der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung...

Die Monate, die inzwischen ins Land gegangen sind, haben das Notbild nicht gemildert. Die Besatzungsform...

Retting der geistig Schaffenden bedeutet Rettung des geistigen Schaffens überhaupt. Hier liegen die Pflichten der Nation...

Zu der Schwere der drohenden Gefahr kommt aber noch hinzu, daß als Gegenwehr, wie Haensch sagt, ein Allweissmittel nicht...

Die „Vaterlandsretter“.

Von Adolf Buchta.

Kampfhaft bemühen sich die reaktionären Parteien nicht nur ihre Rittschuld an dem Rapp-Putsch abzuwickeln...

Als die Reaktionären noch in der Herrschaft saßen, wurde jeder eingeleitet, der nicht konfessionell war, bestraft und aufs schärfste drangsalziert.

Das preussische Junkertum hat nie nach dem Wohle des Vaterlandes, sondern nur nach seinen eigenen persönlichen Interessen gefragt.

Vaterlandes, nur ihre persönlichen Interessen waten ihnen ans Herz gewachsen. Beim noch 1806 der Wiederaufbau...

Das Studium der damaligen Geschichte wirkt an, als ob man ein Kapitel der Geschichte der deutschen Gegenwart liest.

Sehr interessant sind auch die Denkwürdigkeiten des künftigen Hermann v. Boyen, der ebenfalls zu den hervorragenden Reformatoren...

Wie lobt man jetzt seitens der sogenannten nationalen Parteien tatenlosheit gegen den sogenannten Drang nach der „Ritterstippe“?

zugeben, daß er nicht nur die Raulwürste von damals, sondern auch die von heute sehr richtig geschädigt hat.

Als der bekannte Herr v. d. Marwitz seine große Aktion gegen die Bauerbefreiung durch die den Junkern obeneben noch Willkürdengewinne...

Belannt ist es auch, daß bei Aufhebung der Erbuntertänigkeit der Bauern in allen Provinzen...

Wie damals, so versucht man es heute, sich als Retter dem Volke zu empfehlen. Der Schlauputrauf der Deutschnationalen „Volkspartei“...







# Wirtschaft

Die Preise für die kommende Ernte.

Entsprechend der Vorschrift einer Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 13. März müssen bis zum Beginn der Ernte die Steigerungen der Produktionskosten verfolgt werden. Dies soll mit Hilfe von Indexziffern geschehen. Zur Beratung des Ministeriums ist vor einigen Tagen eine besondere Indexkommission aus hervorragenden landwirtschaftlichen Sachverständigen und Vertretern der Verbraucher gebildet worden. In ihrer ersten Sitzung hat die Kommission dazu Stellung genommen, nach welcher Methode die Indexziffern ermittelt werden sollen, und außerdem diejenigen Güter und Leistungen bestimmt, deren Preisentwicklung durch die Indexziffern verfolgt werden soll. Im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft werden zurzeit die von der Kommission vorgeschlagenen Berechnungen durchgeführt. Die Kommission tritt in Kürze zu weiteren Verhandlungen wiederum zusammen. Die Ergebnisse der Berechnungen werden der Öffentlichkeit unterbreitet werden.

Indexziffern nennt man Vergleichszahlen zur Veranschaulichung des Auf- und Niedergangs der Großhandelspreise. Die augenblicklichen Schwankungen der Preise werden auf solche Weise ermittelt und veranschaulicht. (Anm. d. Red.)

Erhebung der Getreide- und Kartoffelanbaufläche. Abweichend von den Vorjahren beschränkt sich in diesem Jahre die Feststellung der Anbauflächen der einzelnen Wirtschaften auf Getreide und Kartoffeln, die Grundlage der Volksernährung. Die Erhebung erfolgt wie früher gemeindefreiwild und ausbezirksweise durch Befragung der Bewirtschafter (Bewirtschafter). Diese sind verpflichtet, den mit der Erhebung Beauftragten über den Anbau und die Größe der bestellten Flächen die geforderten Auskünfte zu erteilen. Die Erhebung erfolgt in der Zeit vom 20. Mai bis 5. Juni 1920.

Proteste aber keine Verluste. Das Volksblatt für die Unterelbe veröffentlicht folgende Ankündigung: „Deutschnationale Theorie und Praxis. Eine unerhörte Herausforderung gegen Arbeiterschaft wie Regierung leistet sich die Heberfabrik O. A. Winter, Bugtehuhe, in folgendem Anschlag: „Die unglücklichen Verhältnisse auf dem Ledermarkt, die noch vergrößert werden durch die unverständlichen Verordnungen unserer augenblicklichen Regierung — betr. Aufhebung des Lederzolls — zwingen mich, in Kürze meinen Betrieb einzustellen. Ich sehe mich daher genötigt, meine Arbeiter und Arbeiterinnen auf den 17. Mai zu kündigen. Offenlich bin ich in der Lage, in nicht zu ferner Zeit in größerem Umfange wieder Arbeiter einzustellen. Den dafür in Frage kommenden Zeitpunkt werde ich im Bugtehuher Wochenblatt bekanntgeben.“

Hierzu schreiben die dortigen Arbeiter: Die Arbeiterschaft mag beruhigt sein, Herrn Winter wird die Kündigung wenig nützen, wir nehmen den Kampf auf, ob Herr Winter oder 100 Arbeiter für unser Wirtschaftsleben notwendiger sind, darüber herrscht wohl kein Zweifel. Auch empfehlen wir dem selbstbewußten Herrn die Durchsicht des § 74 des Betriebsratsgesetzes. „Unternehmer sein bedeutet ein Amt haben. Verläßt er dieses Amt, dann ist es Aufgabe des Ministeriums, einen Vertreter zu bestellen. Offenlich geschieht das im Interesse der Arbeiter recht bald.“

Staatkontrolle über Truhsbildungen in Schweden. Auf Grund mehrerer im schwedischen Reichstag eingebrachten Anträge hat der zweite Sechstageskongress des Reichstags die schleunige Ausarbeitung und Vorlegung eines provisorischen Gesetzesentwurfs über die Staatskontrolle über Truhs und andere Konserne mit monopolistischen Tendenzen in der Produktion, im Handel und im Transportwesen verlangt.

## Gewerkschaftsbewegung

Achtung, Betriebsräte!

Die für Dienstag geplante Versammlung findet erst am Freitagabend in der Neuen Welt statt. Betriebsratssekretariat der S. P. D.

Verbandstag der Schneider.

In der gestrigen Nachmittagsitzung wurde noch der Geschäftsbericht des Vorstandes entgegengenommen. Hauptvorsitzender Stähler gab Ausführungen zu dem gedruckt vorliegenden Bericht. Kassierer Heitmann verwies ebenfalls auf den gedruckten Bericht und machte zu einzelnen Fragen erläuternde Ausführungen. Die Mitgliederzahl hat sich jetzt auf über 150 000 erhöht, nicht im gleich günstigen Verhältnis haben sich jedoch die Finanzen entwickelt. Eine Erhöhung der Beiträge ist unbedingt geboten.

In der heutigen Sitzung ist vom englischen Schneiderverband ein Telegramm eingelaufen, das den Verbandstag begrüßt und hergliche Wünsche für guten Erfolg der Beratungen ausdrückt unter dem lebhaften Bedauern, daß es nicht möglich war, einen Vertreter der englischen Bruderorganisation zum deutschen Verbandstage zu entsenden. Daraus wird die Diskussion fortgesetzt. An der Spitze des Vorstandes wird mehrfach entschieden Kritik geübt, von der anderen Seite werden keine Maßnahmen verteidigt. Die politische Note nimmt einen breiten Raum in den Erörterungen ein. Schumacher, Berlin und andere Redner der Opposition fordern lebhaft die Aufgabe der politischen Neutralität und schärfste Betonung des Klassenkampfcharakter der Organisation. Die Mitglieder sollen in den Gewerkschaften politisch erogen werden. Beshe, Berlin greift die Regierungspolitik heftig an und behauptet unter stürmischem Widerspruch, daß die gegenwärtigen Verhältnisse noch schlimmer seien als unter Wilhelm (I.). Die Arbeiter müßten eine rein sozialistische Regierung fordern, die von den Mehrheitssozialisten hintertrieben worden sei. Redner polemisiert heftig gegen das Betriebsratsgesetz und erklärt sich für den Austritt aus der Arbeitgemeinschaft und Rückkehr auf den Standpunkt des Klassenkampfes.

Den Ausführungen der Oppositionsredner wird von der Gegenseite ebenfalls entschieden entgegengetreten. Sie erklären, daß die Gewerkschaften mit wirtschaftlichen Fragen zu überhäuft seien, daß sie sich nicht auch noch mit politischen Streitfragen beschäftigen könnten. In dieser Hinsicht können sich die Mitglieder in ihren politischen Überzeugungen betätigen.

Eine große Rolle spielt ferner in der Aussprache die Frage der Vertragsverhandlung, die allgemein als notwendig anerkannt wird. Von einzelnen Rednern wird dem Vorstand zum Vorwurf gemacht, daß er in dieser Frage nicht schon viel früher die Initiative ergriffen habe.

Im Laufe der Diskussion laufen auch zahlreiche Anträge ein, die sich auf die aufgeworfenen Fragen beziehen.

In der Abstimmung über die zum Vorstandsbericht vorliegenden Anträge wird zunächst die von dem Kassierer beantragte Entlassung des Kassierers angenommen. Ebenso ein Antrag Bremen, die Streiklosen vom Frühjahr 1919 im Betrage von 6443 M. auf die Hauptkasse zu übernehmen. Außerdem beantragt Berlin, 15 000 M. von den Ämtern des Spandauer Streiks zurückzuerhalten. Die Delegierten im Ruhrgebiet verlangen, daß die Hauptkasse die Streikunterstützungskosten während des Märzstreiks übernimmt, sub-

stehen ist.“ Ist es da ein Wunder, daß dieselben Entgegenen, als sie auf der ersten holländischen Grenzstation Oldenzaal eintrafen und die ihnen dort von den holländischen Beamten zu teil gewordene Behandlung mit der vorangegangenen verglichen konnten, ausriefen: „Gott sei Dank, jetzt werden wir wenigstens wieder wie Menschen behandelt!“ So werden die Vertreter des alten Regimes, die sich als Schmarotzer der Republik aufgezogen haben, Sympathien für Deutschland mit denselben Methoden und mit demselben Erfolg wie unter Wilhelm's herrlichen Zeiten.

Über auch für die „feineren“ Passagiere gibt es seitens der Uniformierten zweierlei Maß. Wer besondere Empfehlungen schreiben vorzulegen vermag, kommt zuerst bei der Revision heran und kann bald mit dem anschließenden holländischen Zug weiterfahren. Die anderen können ein paar Stunden länger warten.

Über nicht allein das: die Mitglieder der Hohenzollernfamilie, die unausgesetzt zwischen Deutschland und Amerongen (bzw. jetzt Doorn) hin- und herpendeln (wahrscheinlich, um über Maßnahmen zum Schutze der Republik zu beraten), brauchen überhaupt nicht für die Post- und Gepäcksrevision auszusitzen! Sie werden im Zuge revidiert!! Wie diese Revision vor sich geht, wer sie vornimmt, was vielleicht schon dem preussischen Staat im Hinblick auf die drohende Vermögenskonfiskation auf diese Weise entzogen und hinübergeschmuggelt wurde, das wissen die Götter. Als vor einigen Tagen die einjährige Prinzessin Viktoria Luise mit Gefolge nach Holland fuhr, durfte die ganze Gesellschaft im Zuge verweilen, wo die angelegte Revision an ihr vorgenommen wurde — was übrigens sofort unter den zahlreichen ausländischen Reisenden bekannt wurde und auf sie den entsprechenden Eindruck machte.

Wann hört endlich der Skandal in Venedig auf?

## Das Ende der englischen Koalition.

Amsterdam, 8. Mai. Laut Allgemeinem Handelsblatt schreibt die Times über die Zusammenkunft der liberalen Vertreter in Leamington, nach der gestrigen Abstimmung sei es klar, daß die Koalition keinen Anspruch mehr darauf machen könne, den Namen einer Vereinigung zweier Parteien zu führen. Weder Lloyd George noch Bonar Law würden jemals wieder von einer wahren Verschmelzung von Liberalen und Unionisten reden können.

Daily Chronicle bemerkt, jeder Liberale müsse bei ruhigem Nachdenken das Geschehene beklagen.

Daily News schreibt: Mag der Liberalismus kämpfen und, wenn es sein muß, zeitweilig verlieren, niemals darf er seine Seele an die Reaktion ausliefern.

## Französische Willkür in Frankfurt.

Der französische Kommandant von Frankfurt a. M. hat angeordnet, daß die Zivilbevölkerung, die wegen Angriffe und Verletzungen der Angehörigen der Besatzungsarmee abgeurteilt werden, aus dem besetzten Gebiete auszuweisen sind.

Das französische Kriegsgericht in Frankfurt a. M. hat einen Arbeiter wegen angeblicher Verletzung eines belgischen Offiziers und angeblicher Körperverletzung eines belgischen Sergeanten zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Bemerkenswert bei der Verhandlung war der Einspruch des Verteidigers des Angeklagten, der die Kompetenz des Kriegsgerichtes bestritt, da sich die Verletzung Frankfurts weder auf einen Kriegszustand noch auf den Versailler Vertrag stützen könne. Wenn die Alliierten Frankfurt besetzt hätten, um hierdurch eine Repressalie wegen der Besetzung des Ruhrgebietes auszuüben, so folge daraus nicht, daß sie das Recht hätten, hier Kriegsverbrechen einzusetzen. Der Vertreter der Anklage erklärt dagegen, daß die Frage der Okkupation keine juristische, sondern eine politische sei. Nachdem nun einmal die Okkupation erfolgt sei, sei die Gewalt auf den französischen Weichselhader übergegangen. Dieser habe daher nach Völkerrrecht die Verfügung, Kriegsgerichte einzusetzen.

Frankfurt a. M., 8. Mai. (W.Z.) Auf Anordnung des kommandierenden Generals der Besatzungsarmee nicht das Opernhaus am 9. und 10. Mai geschlossen. Diese Maßnahme ist auf den Vortrag eines Couplettes in der am Freitag stattgehabten Aufführung der Operette „Der Vetterstuben“ zurückzuführen, an dem anwesende französische Offiziere Anstoß nahmen.

## Ausdehnung der Streiks in Frankreich.

Wichtige Beschlüsse der C. G. T.

Paris, 8. Mai. (W.Z.) Der Allgemeine Arbeiterverband (C. G. T.) hat gestern abend beschlossen, den Streik auf die Bauarbeiter, Metallarbeiter und Transportarbeiter auszudehnen. Zur letzten Kategorie gehören die Angestellten der Untergrundbahnen, der Straßenbahnen, der Autobusse, der Kraftbroschen, der Expedition und der Binnenschiffe.

Die C. G. T. wendet sich gleichzeitig in einem Aufruf an das Publikum und erklärt, die Weigerung der Regierung, die Forderung der Arbeiterklasse in Erwägung zu ziehen, zwingt dazu, den Streikbewegung weitere Ausdehnung zu geben. Der Widerstand der Regierung werde die Aktion der Arbeiter nicht brechen. Das Ziel der Bewegung sei die Herrschenden zu einer Anerkennung der sozialen Kraft der Arbeit und der Notwendigkeit zu zwingen, den Arbeitern den Platz einzuräumen, auf den sie bei der unumgänglich notwendigen Reorganisation der wirtschaftlichen Tätigkeit des Landes Anspruch hätten. Die C. G. T. fordert die Arbeiter auf, die Bewegung in Ruhe und Ordnung fortzusetzen.

## Vor englisch-russischen Friedensverhandlungen.

Amsterdam, 8. Mai. (W.Z.) Laut „Westminster Gazette“ verläßt ein drabloscher Moskauer Bericht, daß englisch-russische Friedensverhandlungen bevorstehen. Vor Kurzem habe Tschitscherin den Vorschlag gemacht, direkte Verhandlungen mit dem Central Vangel zu beginnen. Czjran schlägt vor, daß englische Offiziere an diesen Verhandlungen teilnehmen sollen. Das einzige Mittel zur Wiederherstellung des Friedens sei Sicherheit gegen fernere Angriffe, und wenn England diese Garantie erhalte, so sei eine wesentliche Bedingung erfüllt, und die Verhandlungen könnten in freundschäftlicher Weise fortgesetzt werden.

Der Hauptgrund meiner Meinung, daß Tschitscherin in seiner Antwort erklärt, die Sowjetregierung sei durchaus bereit, dem Wunsch der englischen Regierung entgegenzukommen. Die Sowjetregierung sei damit einverstanden, mit der englischen Regierung oder mit irgend jemandem, den sie bezeichne, Verhandlungen über die Einstellung der Feindseligkeiten im Grenzgebiet zu beginnen. Die Sowjetregierung sei bereit, General Vangel und britische Offiziere zu diesen Verhandlungen zuzulassen.

lich beantragt Hamburg, 80 000 M. der Streikkosten der Damenschneider aus der Hauptkasse zu erstatten. Auch diese Anträge werden angenommen.

Annahme findet weiter ein Antrag, die „Nachzeitung“ und die „Technische Zeitschrift“ im Vorwärtsverlag, die übrigen Druckfachen im Freiheitverlag herstellen zu lassen. Abgelehnt wird dagegen ein Antrag, dem Freiheitverlag aus Verbindlichmitteln ein Darlehen von 100 000 M. zu gewähren, nachdem vom Kassierer in seinem Schlusswort zu diesem Antrag bemerkt worden war, daß der Freiheitverlag um ein solches Darlehen nicht nachgesucht hat. Für die Opfer des Kapp-Lüttich-Putsches werden aus der Hauptkasse 5000 M. bewilligt, der gleiche Betrag für den Wiederaufbau des in den Märztagen von der Reichswehr zerstörten Leipziger Volkshauses.

Ein Antrag, der verlangt, mit den anderen Organisationen der Bekleidungsindustrie wegen Errichtung eines Industrieverbandes in Beziehung zu treten, und ein zweiter Antrag, monatelange Gemeindefestungen zu einem Arbeitnehmerverband vereinigt werden sollen, werden dem Vorstand zur weiteren Behandlung überwiesen.

Es kommt nunmehr das Tarifwesen zur Beratung, wogu 6 Referenten vorgelesen sind. Als erster spricht Hauptvorsitzender Stähler über das Tarifwesen in der Herrenmode- und Uniformschneiderei. Dann behandelt Bloog-Beckin die Tarife in der Damenschneiderei, Damenkonfektion und Hutbranche. Diese beiden Referate werden dann zusammen der Diskussion unterstellt, die sofort lebhaft einsetzt und am heutigen Tage noch nicht beendet werden konnte.

Mit Rücksicht auf die reichhaltige Tagesordnung wird auch am Sonntag eine Vormittagsitzung abgehalten.

## Betriebsräteversammlung der Afa.

Die vom Ortsrat der Groß-Berlin der Arbeitgemeinschaft freier Angestelltenverbände am Sonntag einberufene Betriebsräteversammlung in den Zentralfesthallen, Alie Jakobstraße, war derartig besucht, daß eine Parallelversammlung in den Armehallen, Kommandantenstraße, stattfinden mußte. In den Zentralfesthallen sprachen Kaufhäuser über die Praxis der Betriebsräte und Rörpel über die Geschäftsordnung für Betriebsräte und Angestelltenräte. In den Armehallen sprachen Schmidt und Köppl. Die anwesenden Betriebs- und Angestelltenräte erklärten sich mit den Ausführungen der Referenten durchaus einverstanden und billigten das Vorgehen der Afa, die zunächst die Angestelltenräte ernennen soll. Sie erwarten von der Gewerkschaftskommission, daß sie ihrerseits die nötigen Schritte zur Errichtung der Arbeiterräte unternehmen wird, um auf diese Weise durch die beiden Spitzenorganisationen (A. G. D. B. und Zentral-Afa) die Einheitlichkeit der Bewegung für die Betriebsräte sicherzustellen. Die Afa handelt also in möglichem Einverständnis mit den Arbeitergewerkschaften.

Das in den Versammlungen von der Betriebsrätezentrale für Angestellte herausgegebene Material, u. a. ein Leitfaden für Betriebsräte, hat leider nicht ausgereicht, um jedem Teilnehmer ausgedehnt zu werden. Die Angestelltenräte werden gebeten, unverzüglich ihre Adressen nach der Bellevueallee, 7-10 bekanntzugeben und weiteres Material einzufordern.

## Die Lohnbewegung der Berliner Friedhofarbeiter.

In einer stark besuchten Versammlung der Friedhofarbeiter berichtete der Leiter der Branche, Walter, daß die Vertreter der Berliner Kirchenbehörden in der letzten Sitzung die Verhandlungen abgebrochen hätten, nachdem sie erklärten, keinen Pfennig mehr als zugesprochen zu gewähren. Die Vertreter der Gemeinden wollten weder etwas von der seit Jahren verprochenen Ruhegehaltsordnung, noch von jeglicher Erweiterung des bisher bestehenden Manteltarifes wissen. Sie wünschten im Gegenteil den letzteren zu verschlechtern und nur Lohnsätze von 2,80, 4 und 4,20 Mark pro Stunde zu gewähren. Die Tarifkommission und der Verband mühten diese Zugeständnisse als ganz ungenügend abzulehnen. Der Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten, Walter, berichtet, daß die Angestellten der Berliner Stadtsynode auch im Kampfe ständen, um nicht allein wirtschaftliche Forderungen zu erreichen, sondern um vor allen Dingen das von der Berliner Stadtsynode mit Füßen getretene Koalitionsrecht zu schützen.

Nach lebhafter Diskussion wurde eine Resolution angenommen, in der den Bureauangestellten zu ihrem Vorgehen die vollste Sympathie ausgesprochen wird und weiter die Organisationsleitung beauftragt wird, gemeinsam mit dem Zentralverband der Angestellten und dem Deutschen Beamtenbund im Reichsarbeitsministerium vorstellig zu werden, um durch Einsetzung eines Schiedsgerichtes die Streitfrage zu beseitigen. Wogegenfalls sind die Anwesenden bereit, auch mit den schärfsten Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfs ihre Forderungen zu vertreten.

## Arbeitsnachweiskend.

Von einem Mitglied des Arbeiterrats der Arbeitslosen Berlin geht uns folgende Schilderung zu:

Unhaltbare Zustände, welche auf dem Arbeitsnachweis des Metallarbeiterverbandes in der Wulter-Laufener Straße herrschen, veranlassen mich, die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit auf diesen zu lenken. Durch Anwohner und Besucher des Rodewieses auf die Zustände aufmerksam gemacht, besuchte ich denselben an mehreren Tagen und stellte folgendes fest:

In dem Vermittlungsraum, der für die große Zahl Arbeitssuchender viel zu klein ist, herrscht in den Hauptverkehrszeiten ein lebensgefährliches Gedränge, so daß eine geordnete Arbeitsvermittlung oder Kontrolle der Arbeitslosen fast ausgeschlossen erscheint. Die Luft, die einem beim Betreten des Raumes entgegen schlägt, ist durch den Aufwühl von vieler Menschen vollkommen verpestet, so daß Ohnmachtsanfälle hauptsächlich weiblicher Personen an der Tagesordnung sind. Die Besucher, welche zwei Stunden und länger gezwungen sind, auf Abfertigung zu warten, sind den größten gesundheitlichen Schädigungen ausgesetzt, da Ventilatoren oder Lüftung so gut wie gar nicht vorhanden sind. Aber weit größer sind die sittlichen und moralischen Schädigungen hauptsächlich jugendlicher Arbeitssuchender. Für die Wüstempulung und Arbeitsvermittlung ist nur ein Raum vorhanden; dadurch werden die Arbeitssuchenden beiderlei Geschlechts gezwungen, sich gemeinsam in ein und denselben Räume aufzuhalten. Es haben sich daher Verhältnisse herausgebildet, die geradezu zum Himmel schreien. Durch Plakate wird zwar darauf hingewiesen, daß die Abfertigung weiblicher Personen von 12 bis 2 Uhr stattfindet, aber schon vor der Eröffnung des Rodewieses, von frühmorgens von 6 Uhr an, drücken sich sowohl junge Mädchen sowie Mädchen im Alter von 14 bis 18 Jahren auf den Treppentritten, Bänken und Ecken des Aufenthaltsraumes Zigaretten rauchend herum, eine Unterhaltung pflegend, wie man sie sonst nur in den dunkelsten Kaffeehäusern zu hören bekommen kann.

Es ist die höchste Zeit, hier Abhilfe zu schaffen; insbesondere möchte ich die Aufmerksamkeit des Jugendamts auf diese Zustände lenken. Hier würde es ein dankbares Tätigkeitsfeld finden; aber auch von Seiten des Bundesarbeitsnachweises müßte hier ganz energisch eingegriffen werden. Die Beamten des Rodewieses stehen diesen Verhältnissen machtlos gegenüber, da bei einem Eingreifen der Beamten die Arbeitssuchenden sofort Störung gegen diese erregen. Mir ist bekannt, daß seit Monaten Verhandlungen zwischen der Stadt Berlin und dem Metallarbeiterverband gepflogen werden, um den Arbeitsnachweis der Metallindustrie dem städtischen Arbeitsnachweis anzugliedern. Es wäre an der Zeit, daß diese Verhandlungen endlich zum Abschluß gelangen, damit dann auch auf dem Rodewies in der Wulter-Laufener Straße von der Stadt Abhilfe geschaffen werden könnte.



